



## **>>> ENERGIE FÜR DEUTSCHLAND**

**Jetzt die Weichen stellen für eine sichere und  
bezahlbare Energieversorgung**

Beschluss des Vorstandes  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Klausurtagung am 10./11. September 2008 in München

## I. Den Rahmen für Innovationen, Investitionen und Effizienz setzen

Die Politik muss der Energiewirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen setzen, die sicherstellen, dass ausreichend Energie zu bezahlbaren Konditionen jederzeit möglichst umweltschonend verfügbar ist.

Massive Preissteigerungen bei den wichtigsten Energieträgern Kraftstoffe, Heizöl, Strom und Gas in den zurückliegenden Monaten haben noch einmal in aller Deutlichkeit die große Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Sicherung der Lebensqualität in unserem Lande bewusst gemacht. Für viele private und gewerbliche Verbraucher brachte dieser Preisanstieg erhebliche zusätzliche Belastungen. Auch für die absehbare Zukunft muss von einem deutlich höheren Energiepreinsniveau als in der Vergangenheit ausgegangen werden. Für zukünftige energiepolitische Entscheidungen ergibt sich daraus nach unserer festen Überzeugung zwingend, dass es zu keiner weiteren Verteuerung der Energie durch staatliche Maßnahmen kommen darf.

Die steigenden Energiepreise machen die Herausforderungen deutlich, vor denen die Energieversorgung steht: weltweit wachsende Nachfrage; begrenzte fossile Reserven; drohende Folgen der von Klimagasen verursachten Klimaänderungen; politisch instabile Lage in vielen Regionen, in denen Energiebodenschätze lagern, oder die für die Weiterleitung von Energieträgern eine Schlüsselrolle innehaben. Gerade in Hinblick auf die Sicherheit der Versorgung mit Energie hat uns der militärische Konflikt im Kaukasus die Verletzlichkeit Deutschlands und Europas deutlich vor Augen geführt.

Letztlich gibt es auf diese Herausforderungen die immer wieder gleichen Antworten: Es gilt, Energie effizienter zu nutzen, neuen, erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen und durch einen breiten Energiemix mit möglichst vielen Lieferländern unsere Abhängigkeiten zu verringern.

Deutschland hat das Potenzial, diese Herausforderungen besser als andere zu meistern, denn wir verfügen über die Investitionskraft, die Technologie-Vorsprünge und die Qualifikations-Vorsprünge. Diese gilt es zu nutzen und weiter auszubauen. Zudem ist Deutschland Mitglied in einem großen Währungsgebiet, das Preisausschläge dämpft und nicht verstärkt; ohne einen starken Euro wäre der Energiepreisanstieg an den internationalen Handelsplätzen viel stärker bei uns durchgeschlagen. Außerdem sind wir in den letzten Jahren auf dem Weg zur Entkoppelung von Wachstum und Energieverbrauch weit vorangekommen.

Damit Deutschland die großen Aufgaben bestehen und seine Chancen nutzen kann, müssen die wirtschaftliche Dynamik ermutigt, die Investitionskraft gestärkt und Wachstumsimpulse gegeben werden. Ein unverzichtbarer Beitrag dazu ist, alle Spielräume zu nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Deshalb wollen wir zum 1. Januar 2009

- das Wohngeld anheben und eine Heizkostenkomponente einführen – dies haben Bundestag und Bundesrat bereits beschlossen,
- den Kinderfreibetrag und das Kindergeld anheben,

- den Arbeitslosenversicherungsbeitrag gleichmäßig für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf 2,8 % senken.

Nach Auffassung der CSU soll daneben zum 1. Januar 2009 die frühere Pendlerpauschale wieder eingeführt werden. Die CDU hält eine Entscheidung über die Pendlerpauschale erst nach Abschluss des laufenden verfassungsrechtlichen Verfahrens für sinnvoll.

## II. Energie – sicher, wirtschaftlich und umweltschonend in einem breiten Energiemix

Eine sichere Energieversorgung bei möglichst geringer Importabhängigkeit zu für Bürger und Wirtschaft bezahlbaren Preisen mit möglichst niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen ist mehr denn je keine Selbstverständlichkeit, sondern ein zentrales politisches Anliegen, das durch richtige politische Weichenstellungen gewährleistet werden muss. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält an ihren grundsätzlichen Positionen in der Energie- und Klimaschutzpolitik fest, dass sich diese grundlegenden Ziele nur durch eine markt- und wettbewerbsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik erreichen lassen. Insbesondere sehen wir uns durch die jüngste Entwicklung darin bestätigt, dass nur mit einem breiten Energiemix unter Einschluss der Kernenergie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung dauerhaft gewährleistet werden kann.

Die Anteile der Energieträger am deutschen Primärenergieverbrauch sind breit verteilt: Von essenzieller Bedeutung ist die Stromerzeugung mit 22 % Kernenergie, 24,5 % Braunkohle, 22,8 % Steinkohle, 11,7 % Erdgas, 13,6 % Erneuerbaren Energien, 5,3 % Sonstige. Im Grundlastbereich, der permanent erforderlichen Strombereitstellung, steuert die Kernenergie mit 45 % nahezu die Hälfte bei, die Braunkohle mit über 49 % die zweite Hälfte, Laufwasser mit einem Anteil von 6 % den Rest.

Die **Kernkraft** ist also in der Stromerzeugung, und hierbei insbesondere in der Grundlast, ein unverzichtbar wichtiger Energieträger. Aufgrund ihrer weitestgehenden CO<sub>2</sub>-Freiheit werden in Deutschland jährlich 150 Millionen Tonnen Kohlendioxidausstoß eingespart, was der jährlichen Emission im Straßenverkehr entspricht. Würde die Kernkraft durch Erneuerbare Energien vollständig ersetzt, entstünde per Saldo keine Emissionseinsparung. Mit der von Rot-Grün beschlossenen Ausstiegsstrategie ist Deutschland international isoliert. Hält Deutschland an der Kernenergie fest, so werden bis 2020 mindestens 60 % des inländischen Stroms CO<sub>2</sub>-frei produziert. Auch aufgrund von Versorgungssicherheit, Wettbewerb, Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit der Stromversorgung können wir auf Kernenergie nicht verzichten. Jede Verknappung wirkt preistreibend, jegliche vorzeitige Stilllegung belastet die Volkswirtschaft mit Milliardenbeträgen, jeder willkürliche Verzicht auf einen Energieträger erhöht unsere Abhängigkeit. Absolute Grundvoraussetzung ist die Anlagensicherheit. Nur unter dieser Prämisse spricht sich die Unionsfraktion für eine Laufzeitverlängerung aus, bis andere, neue klimafreundliche Energieträger in wirtschaftlich ausreichendem Umfang verfügbar sind.

**Kohleverstromung** belastet die Klimabilanz erheblich, ist gleichwohl im Energiemix derzeit unverzichtbar. Braunkohle z. B. deckt nahezu die Hälfte der Grundlast ab. Durch technischen Fortschritt wollen wir eine bessere Klimaverträglichkeit erreichen (höhere Wirkungsgrade, CCS-Technologien). Braunkohle ist als wichtigste heimische Energie-

ressource sicher und subventionsfrei verfügbar. Unabdingbar ist deshalb der Neubau von Kohlekraftwerken mit den neuesten Techniken, die alte Kraftwerke mit geringerem Wirkungsgrad ersetzen und so einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Genehmigung für den Bau neuer Anlagen muss – außer bei neuen Wettbewerbern – geknüpft werden an die Verpflichtung, alte Anlagen stillzulegen. Ebenso unabdingbar ist die weitere Entwicklung der CCS-Techniken bis zur großtechnischen Anwendbarkeit und die rasche Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

**Mineralöl** ist deutschland- und weltweit Hauptenergieträger. Trotz großer Preissprünge und hoher CO<sub>2</sub>-Freisetzung wird sich daran auf absehbare Zeit nichts ändern. Die Preise werden sich auf hohem Niveau mit zunehmenden Schwankungen halten. Ursachen sind die steigende globale Nachfrage, die Investitionslücke bei Förderung und Verarbeitung, aber auch die räumliche Konzentration des Angebots auf politisch weniger stabile Regionen. Aufgabe der Politik ist es, den Ölimport außen- und sicherheitspolitisch zu flankieren, um das Angebot sicher zu stellen. Der Einsatz von Biosprit kann hier die Versorgungssicherheit erhöhen und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Er muss aber an klare Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sein und darf nicht zu einer weiteren Erhöhung der Preise an der Zapfsäule führen. Wir würden es begrüßen, wenn die Mineralölwirtschaft angesichts der Preisgleichheit von Benzin und Superkraftstoff eine Zapfsäule für Biokraftstoffe reservieren würde.

### III. Erfolge für eine nachhaltige Energiepolitik fortführen

Die unionsgeführte Bundesregierung und die Große Koalition haben bereits in den zurückliegenden Jahren im Interesse der Ziele einer nachhaltigen Energiepolitik eine Vielzahl von Maßnahmen und gesetzgeberische Initiativen umgesetzt.

Um den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten zu intensivieren, wurde Ende 2007 das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen novelliert mit dem Ziel einer besseren Kontrolle der Preisbildung im Stromerzeugungsbereich. Im Bereich der Strom- und Gasnetze tritt zum Jahresbeginn 2009 eine Anreizregulierung in Kraft mit dem Ziel einer noch besseren Ausschöpfung von Einsparpotenzialen im Netzbetrieb. Mit dem Gesetz zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas wird die Transparenz beim Strom- und Gasverbrauch verbessert. Dieses Gesetz enthält auch die Verpflichtung, lastvariable Tarife anzubieten, die ihre Wirkung nicht verfehlen werden.

Wir treiben den Klimaschutz und die Einsparung von Energie voran durch die Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaprogramms der Bundesregierung, in dessen Rahmen im laufenden Jahr über 3 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt für Klimaschutz- und Energieeinsparmaßnahmen bereitgestellt werden. Hierzu gehört beispielsweise das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm mit dem jährlich Mittel in Höhe von 1 Mrd. € zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung bereitgestellt werden.

Die Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien wird fortgesetzt mit den Novellen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, das eine Anpassung und auch Verbesserung der Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien vorsieht, und dem Erneuerbare-Energien-

Wärmegesetz, das zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Erzeugung von Warmwasser etc. bei Neubauten verpflichtet.

#### IV. Weitere Anstrengungen für eine nachhaltige Energiepolitik notwendig

Die aktuelle Entwicklung massiver Preisanstiege und die damit verbundenen erheblichen Mehrbelastungen für Bürger und Wirtschaft machen es erforderlich, die genannten Themenbereiche und anstehenden weitreichenden politischen Weichenstellungen noch einmal gezielt auf mögliche Handlungsalternativen und auf weitere mögliche Maßnahmen zu überprüfen, damit das Ziel einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung auch in den nächsten Jahren gewahrt werden kann.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die möglichen Handlungsoptionen im Bereich der Energie- und Klimaschutzpolitik eingehend geprüft und folgende Positionen und Vorschläge erarbeitet:

- Ad-hoc-Maßnahmen zur Entlastung der Bürger und **staatliche Eingriffe in die Preisbildung sind der falsche Weg**. Staatlich verordnete Sozialtarife bei Strom und Gas lösen das zugrundeliegende Problem nicht. Umgekehrt lehnen wir es angesichts tendenziell weiter steigender Preise für Energie aber auch strikt ab, mit staatlichen Maßnahmen Energie weiter zu verteuern. In diesem Sinne kontraproduktiv wirkende Vorschläge wie die Einführung einer Brennelementesteuer oder die Streichung der Ausnahmen für das Produzierende Gewerbe bei der Ökosteuer kommen für uns nicht in Frage. Das Gebot der Stunde sind nicht noch höhere Lasten auf Energie, sondern im Gegenteil Maßnahmen zur Dämpfung des Preisauftriebs.
- Zielführend sind demgegenüber weitere Maßnahmen zur Hebung der noch beträchtlichen Potenziale im Bereich der **Energieeinsparung und Energieeffizienz**, zur Stärkung der **Energiekompetenz des Verbrauchers** sowie zur Intensivierung der **Energieforschung**.

Um diese Prozesse weiter zu beschleunigen, sollte die Bundesregierung die vorhandenen Initiativen in diesen Bereichen im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Bündnisses für Energieeffizienz unter Einschluss aller Beteiligten – allen voran Stromversorgern, Geräteherstellern, Verbrauchervertretern und politischen Entscheidungsträgern – stärken und weitere mögliche Maßnahmen und Programme identifizieren. In Betracht kommen aus unserer Sicht insbesondere weitere Maßnahmen in den Bereichen Gebäudesanierung, private Haushalte und im Verkehrswesen.

In Frage kommt insbesondere eine bessere Mittelausstattung in Verbindung mit attraktiveren und flexibleren Bedingungen für das bereits laufende KfW-Programm zur Gebäudesanierung.

Wichtig ist zudem die Stärkung der Position des Verbrauchers durch Maßnahmen für mehr Markttransparenz und Verbraucherinformationen. Wir begrüßen deshalb die in diesem Zusammenhang vom Bundesministerium für Wirtschaft vorgelegten Vorschläge zu einer verbesserten Beratung der privaten Haushalte im Bereich Energieeinsparung. Wichtige Akzente sind hier der Top-

Runner-Ansatz für Elektro-Geräte und eine verpflichtende Verbrauchskennzeichnung auch für den Stand-by-Betrieb.

Erforderlich ist zudem eine **Stärkung der Energieforschung** durch die bessere Nutzung von Synergieeffekten zwischen den verschiedenen Forschungseinrichtungen sowie durch eine bessere Mittelausstattung. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Ausweitung der Aktivitäten in der Energieforschung, und dabei besonders in der Kernsicherheitsforschung und in der Erforschung von Stromspeichertechnologien. Ebenso begrüßen wir im Interesse einer stärkeren Abkoppelung der Mobilität vom Kraftstoffverbrauch die Anstrengungen der Automobilindustrie, alternative Antriebsformen bei Kraftfahrzeugen zur Marktreife zu bringen.

Wir sind bereit, die Umsetzung dieser Vorschläge in den Bereichen Energieeinsparung und Energieforschung **mit weiteren Mitteln aus dem Bundeshaushalt von bis zu zusätzlich 2 Mrd. €** zu unterstützen.

- Auf dem Weg zu Energieeffizienz und Energieinnovation helfen mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten und die zügige Modernisierung der Kraftwerke in Deutschland. Der erkennbare Modernisierungs- und Investitionsstau im konventionellen Kraftwerkspark in Deutschland weckt Zweifel an der Wirtschaftlichkeit und Verlässlichkeit der Energieversorgung in den kommenden Jahrzehnten. Wir sind uns mit den Fachleuten ebenso einig in der Einschätzung, dass die grundsätzliche Bereitschaft der Energieversorgungswirtschaft, in neue Kraftwerke und Übertragungsnetze zu investieren und eine preisgünstige Energieversorgung an jedem Ort anzubieten, gegenwärtig noch durch eine Reihe von Hindernissen und ausstehenden politischen Entscheidungen gebremst wird. Diese Hindernisse müssen jetzt gezielt und entschieden angegangen und beseitigt werden, die erforderlichen politischen Weichenstellungen müssen rasch vorgenommen werden.

Noch immer haben wir in Deutschland und in Europa kein voll funktionsfähiges Transportnetz bei Strom und Gas, wichtige unternehmerische Entscheidungen über den Ausbau der Netzinfrastruktur werden aufgeschoben. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, den Ausbau des deutschen Verbundnetzes zu einem **europaweiten Stromtransportnetz** voranzubringen und sich für die rasche Beseitigung der nationalen Engpässe wie auch der grenzüberschreitenden Engpässe (Kuppelstellen) einzusetzen.

Die derzeit noch vier Netzregelzonen müssen zu einer **deutschen Netzregelzone** zusammengefasst werden. Die Kartellbehörden müssen ihre Aufsichtsbefugnisse konsequent ausschöpfen. Wir wollen auch zu Investitionen in eine dezentralere Stromproduktion, vor allem in KWK-Anlagen ermutigen.

Das in Vorbereitung befindliche Energieleitungsausbaugesetz muss auch zu einer spürbaren **Verkürzung der überlangen Genehmigungsverfahren** von derzeit 8 bis 10 Jahren und zu wirtschaftlich vertretbaren Lösungen führen. Wir begrüßen zudem die Bereitschaft der Energiewirtschaft über diese Probleme, über die Neuordnung der Netzinfrastruktur und über eine grenzüberschreitende gemeinsame Netzplanung (Schaffung einer einheitlichen Regelzone, koordinierte Genehmigungsverfahren) in eine Diskussion einzutreten. Dieses Gesprächsangebot muss von der Bundesregierung zügig aufgegriffen werden.

- Die **Ausgestaltung der dritten Handelsperiode für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate** wird entscheidenden Einfluss haben auf die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort für die Energiewirtschaft und für energieintensiv produzierende Branchen. Grundsätzlich gilt deshalb, dass die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der einzelnen Mitgliedsländer (Energemix, Anteil des energieintensiven Produzierenden Gewerbes, bisherige Anstrengungen beim Klimaschutz) angemessen berücksichtigt werden. Wir fordern deshalb, dass das Produzierende Gewerbe im Rahmen der dritten Handelsperiode ab 2013 von der Verpflichtung ausgenommen wird, Emissionszertifikate zu ersteigern. Wir fordern zudem, dass die aus der Versteigerung der Emissionszertifikate resultierenden Erlöse in vollem Umfang an die Mitgliedstaaten und von dort an die Verbraucher zurückfließen – auch durch den Abbau von dann bestehenden Doppelmaßnahmen im Bereich Klimaschutz. Überdies fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine Ausgestaltung des Emissionshandels so einzusetzen, dass einerseits „Windfall-Profits“ verhindert werden, andererseits aber auch die Anreize zum Bau neuer Kraftwerke nicht geschwächt werden. Dies gilt insbesondere für die angestrebte Vollauktionierung der Emissionszertifikate für die Energiewirtschaft. Geprüft werden müssen eine zumindest teilweise kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für neue hocheffiziente Kraftwerke und der Vorschlag eines stufenweisen Einstiegs in die Versteigerung der Zertifikate. Der erforderliche Schutz des Klimas darf nicht zu vermeidbaren zusätzlichen Kosten führen. Hierzu gehört auch, dass Klimaschutzmaßnahmen außerhalb der Europäischen Union (sog. JI/CDM-Projekte) auch nach 2012 auf europäische Minderungsverpflichtungen anrechenbar sein müssen. Die Vorschläge der EU-Kommission, die praktisch auf eine Unterbindung solcher Projekte hinauslaufen, würden zu weiter steigenden CO<sub>2</sub>- und damit Strompreisen führen.
- Wirtschaftlichkeit und Verlässlichkeit der Energieversorgung dürfen auf dem Weg zu Energieeffizienz und Energieinnovationen nicht in Zweifel stehen. Der von der rot-grünen Bundesregierung mit den Energieversorgern verhandelte Ausstieg aus der Kernkraftnutzung und vor allem sein Zeitplan wecken solche Zweifel. Es sollen Stromerzeugungskapazitäten stillgelegt werden, für die kein ausreichender, grundlastfähiger und klimaschonender Ersatz in Sicht ist. Dem Verlust an technologischer Kompetenz muss durch eine Intensivierung der Kerntechnologieforschung entgegengewirkt werden. Durch die **Aufhebung des Beschlusses zum vorzeitigen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie** wird auch eine Entspannung der Preissituation bei Strom und Gas erreicht und eine weiter zunehmende Abhängigkeit insbesondere von Gasimporten verhindert. Die Laufzeiten der in Deutschland in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke müssen auf das betriebswirtschaftlich übliche Maß unter Wahrung der vorgeschriebenen Sicherheitsstandards verlängert werden. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den Dissens aufzulösen, der dem Beschluss im Koalitionsvertrag über die Beibehaltung des Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie zugrunde liegt und den Weg für eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland zügig freizumachen. Dazu gehört auch – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – die Lösung der Frage der Endlagerung abgebrannter Brennelemente. Die Verzögerungstaktik des Bundesumweltministers muss ein Ende haben – das sachlich nicht gerechtfertigte Moratorium der Endlager-Erkundung in Gorleben muss aufgehoben werden. Die weitere Verknappung der Emissionszertifikate ab dem Jahre 2013 in Verbindung mit den

Verzögerungen beim Aufbau neuer Kraftwerkskapazitäten machen die rasche Klärung dieser Fragen umso dringlicher. Die Entscheidung über eine Verlängerung der Laufzeiten muss zudem geknüpft werden an die Bereitschaft der Energieversorgungsunternehmen, zusätzliche Mittel für eine Entlastung der Bürger bereitzustellen, etwa durch die Schaffung eines Fonds für Entlastung. Wirtschaftliche Vorteile der Laufzeitverlängerung müssen den Verbrauchern zugute kommen. Die aus einer Verlängerung der Laufzeit resultierenden zusätzlichen Erlöse bauen sich auf bis zum Jahre 2021 und in den Folgejahren auf eine Summe von dann schätzungsweise ca. 5 Mrd. € jährlich. Mit dieser Perspektive halten wir es für machbar, einen solchen Fonds mit Mitteln in einer Größenordnung von ungefähr 40 Mrd. € auszustatten. Wir fordern die Bundesregierung auf, in dieser Frage rasch die Gespräche mit den Vertretern der Energiewirtschaft aufzunehmen.

- Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, zu prüfen, welche **Verbesserungen der steuerlichen Rahmenbedingungen für energieeffizienten Wohnungsbau** neben bestehenden Fördermaßnahmen möglich sind. In Frage kommen die befristete Verdoppelung des Abschreibungssatzes, höhere Abschreibungssätze für besonders energieeffiziente Gebäude, die sofortige steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für die energetische Modernisierung im Bestand sowie eine steuerliche Sonderförderung, falls bei privat genutztem Wohneigentum durch eine Modernisierung Neubaustandard erreicht oder eine Bestandswohnung mit Neubaustandard erworben wird
- Verstopfte Straßen und überlastete Schienennetze und Luftverkehrskapazitäten sind nicht nur eine erhebliche Beschränkung für wirtschaftliches Wachstum, sondern auch Ursache für erhebliche vermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der verstärkte **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** ist deshalb für das Transitland Deutschland mit Blick auf den weiter wachsenden Güterverkehr in den nächsten Jahrzehnten eine wichtige Aufgabe. Die Aufstockung der Mittel für den Bereich Verkehr aus dem Bundeshaushalt um 1 Mrd. € im nächsten Jahr kann deshalb nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müssen. Wir fordern insbesondere, dass die Einnahmen aus der LKW-Maut ausschließlich für Straßenverkehrsinvestitionen eingesetzt werden. Wir fordern zudem die **Umsetzung des „Single European Sky“ Programms** zur Neustrukturierung des europäischen Luftraums, damit könnten jährlich bis zu 3 Mio. t CO<sub>2</sub> und 3 Mrd. € zusätzlicher Kosten für den Luftverkehr und seine Kunden eingespart werden durch die Vermeidung unnötiger Warteschleifen in der Luft.

## V. Ein Rahmen für Kreativität und Engagement

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die Umsetzung der genannten Vorschläge in den nächsten Monaten vorantreiben und die hier formulierten Positionen in der politischen Debatte vertreten. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Vorschläge aufzugreifen und sich ebenfalls dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene die deutschen Interessen gebührend berücksichtigt werden. Mit der Umsetzung dieser Vorschläge ist sicherlich keine sofortige und unmittelbare Entlastungswirkung bei Kraftstoffen, Strom und Gas verbunden, in jedem Fall jedoch eine mittel- bis längerfristige Perspektive für eine deut-

liche und vor allem nachhaltige Entspannung der Situation im Bereich der Energieversorgung.

Die Größe der energiepolitischen Herausforderungen verlangt die ganze Kreativität und das ganz Engagement der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft in unserem Lande. Dafür den richtigen Rahmen zu setzen ist unsere zentrale Aufgabe.

Unabdingbare Voraussetzung für die Bewältigung dieser Aufgabe ist ein offener, ehrlicher, vorurteilsloser und ideologiefreier Umgang mit dem Thema Energie.

Wir möchten in einen neuen, **kritischen Energiedialog** mit den Bürgern eintreten und hier deutlich machen, dass

- steigende Energiepreise eine gemeinsame Herausforderung darstellen, der wir nicht durch Strohfeuermaßnahmen ausweichen können, sondern der wir nur durch gemeinsame Anstrengungen begegnen können,
- dass der Verbraucher seinen Beitrag leisten kann und muss, indem er zu günstigen und verantwortungsbewussten Anbietern auch tatsächlich wechselt, energieeffiziente Geräte einsetzt und Energie spart,
- wir den Bau neuer hocheffizienter Kraftwerke und den Ausbau des Leitungsnetzes brauchen für eine sichere Energieversorgung in der Zukunft, dieser aber vor Ort auf Akzeptanz treffen muss,
- dass der einseitige Ausstieg Deutschlands aus der verantwortbaren Nutzung der Kernenergie erhebliche Risiken schafft für das Erreichen des Klimaschutzziels, für die Gewährleistung einer sicheren Stromversorgung in der Zukunft und für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Zu lange wurde die Auseinandersetzung mit diesen Themen in den Hintergrund gedrängt, die Entwicklungen der letzten Monate zeigen uns jedoch, dass den damit verbundenen Fragen nicht länger ausgewichen werden kann.

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Dr. Norbert Röttgen MdB  
Hartmut Koschyk MdB  
11011 Berlin  
Foto: [www.photocase.de](http://www.photocase.de)